

Audi die Militärregierung in Köln traf am 9. Mai 1946 folgende Anordnung:

*„Es ist keine Verschmelzung von SPD und KPD kreisweise erlaubt. Irgendwelche Mitglieder der SPD, die wünschen, der SED anzugehören, müssen entweder Mitglieder der KPD werden oder an deren Versammlungen als Einzelpersonen teilnehmen“ .*

Die Political Division, Control Commission for Germany, Lübeck, richtete am 9. Mai 1946 an eine Anzahl Einzelpersonlichkeiten, die an dem Vereinigungsparteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands teilnahmen, ein Schreiben folgenden Inhalts:

*„Die britischen Militärregierungs-Autoritäten nehmen an, daß Sie vom Zentralkomitee der SED resignieren. Wir überlassen Ihnen die Wahl, ob Sie politisch aktiv in der britischen Besatzungszone Deutschlands oder in Berlin sein wollen. Wenn Sie wählen sollten, Ihre politische Aktivität in Berlin auszuüben, werden Sie nach erfolgtem Ansuchen an die entsprechenden Autoritäten die Möglichkeit bekommen, die britische Besatzungszone zu verlassen.“*

Aus diesen Beispielen ergibt sich, daß die englische Militärregierung die Verhinderung der Bildung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands schon vor und seit dem Vereinigungsparteitag; konsequent betrieben hat, also schon zu einer Zeit, als einer der westlichen Sozialdemokraten noch nicht den Gedanken erwogen hat, als Propagandaredner für die Bildung einer neuen Sozialdemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone aufzutreten.

Wenn darum heute Herr Major Spencer für die englische Militärregierung erklärt, daß sich an dem Standpunkt der englischen Militärregierung noch nichts geändert habe, so bezieht sich das auf die durch die oben angeführten Beispiele gekennzeichnete Politik der englischen Militärregierung.

Unser Herr Gniffke hatte bereits Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß die amerikanische Militärregierung nicht diesen Standpunkt der englischen Militärregierung einnimmt, sondern prinzipiell bereit ist, uns die gleichen Rechte einzuräumen, die andere Parteien in ihrer Zone haben. Wir hatten aber auch gleichzeitig Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß gegenwärtig von allen Parteien, soweit sie in der sowjetischen Besatzungszone zugelassen sind, Redner in der britischen Besatzungszone auftreten, mit Ausnahme der Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. So können die führenden Politiker der CDU und LDP, wir nennen nur die Namen der Herren